

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Erhalt von gentechnikfreiem Saatgut**

Saatgut steht am Anfang der Nahrungskette. Es ist die Grundlage für die Ernährung zukünftiger Generationen und bestimmt die Qualität der Nahrungsmittel von heute. Deshalb ist jede Form von gentechnischer Veränderung von Saatgut höchst umstritten.

Dennoch will die Europäische Kommission bis spätestens Ende diesen Jahres die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gentechnische Saatgut-Verunreinigungen zwischen 0,3 und 0,7 Prozent ohne Kennzeichnung erlaubt sind. Mit der geplanten Richtlinie sollen 0,3 Prozent Verunreinigungen bei Raps-Saatgut, 0,5 Prozent bei Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben und 0,7 Prozent bei Soja akzeptiert werden.

Gentechnikfreie Lebensmittel und eine Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO) werden damit ohne Not und gegen den mehrheitlichen Willen der EU-Bürger/-innen substanziell gefährdet. Mit dem in Verkehr bringen gentechnisch veränderten Saatguts werden langfristige Risiken für die Umwelt und die Gesundheit in Kauf genommen, die in ihrer Tragweite kaum abschätzbar sind.

Nach vorsichtigen Schätzungen könnten in Europa 7 Milliarden gentechnisch veränderter Raps- und Maispflanzen auf angeblich gentechnikfreien Feldern wachsen – ohne dass Landwirte oder Verbraucher davon wüssten, geschweige denn irgendetwas dagegen unternehmen könnten. Die Auskreuzung der Gentechnik-Samen in Wildarten und damit in die freie Natur wäre nicht zu kontrollieren.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bürgerschaft (Landtag):

Die Bürgerschaft (Landtag)

- tritt dafür ein, dass die Sicherheit und Reinheit des Saatguts Ziel des politischen Handelns sein muss,
- akzeptiert den massiven Verbraucher/-innenwunsch, auch in Zukunft gentechnikfreie Produkte bekommen zu können,
- unterstützt bei allen fachlichen und politischen Beratungen die Einführung des Reinheitsgebots für Saatgut mit einem Grenzwert von 0,1 Prozent bzw. entsprechend der Nachweisgrenze,
- unterstreicht die Notwendigkeit, dass konventionelles Saatgut ebenso wie dasjenige der ökologischen Landwirtschaft grundsätzlich nicht verunreinigt werden darf.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen